

Textbeiträge aus der Pressemappe vom Büro für Diversität in St. Pölten, von Arbeit plus, von Amnesty International und von der niederösterreichischen Armutskonferenz

Wen kümmerts? Who cares? Hürden auf dem Weg zur sozialen Absicherung und Verteilungsgerechtigkeit

Das NÖ Armutnetzwerk lädt anlässlich des Equal Care Day sowie des internationalen Frauentags zur Pressekonferenz. Do 29.2. um 10 Uhr im Frauenzentrum St. Pölten: Heßstraße 4, 3100 St. Pölten

„Wen kümmerts? Who cares?“- das fragen meine Kolleginnen und ich angesichts des heutigen Equal Care Day und des internationalen Frauentags nächste Woche.

31 Mitgliedsorganisationen aus ganz Niederösterreich bilden gemeinsam mit vielen engagierten Privatpersonen das NÖ Armutnetzwerk. Vertreterinnen davon sitzen heute mit mir am Podium: Manuela Kräuter von Frauen für Frauen, Martina Eigelsreiter vom Büro für Diversität, Barbara Seyrl von arbeit plus Niederösterreich sowie Ronya Alev von Amnesty International.

Als NÖ Armutnetzwerk bündeln wir die Erfahrungen aus der haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeit unserer Mitgliedsorganisationen. Wir sind heute da, um hinzuschauen und aufzuzeigen, dass ganze Arbeit für Frauen dennoch viel zu oft ein Leben an oder unter der Armutsgrenze bedeutet.

Deutlich mehr als jede zehnte Person bzw. 14% oder 236.000 Menschen¹ waren 2022 in Niederösterreich armutsgefährdet². Um diese Zahl anschaulich zu machen: damit sind in Niederösterreich so viele Menschen armutsgefährdet, wie das Waldviertel Einwohner*innen hat³. Und, auch das ist relevant, es sind um 16.000 Menschen (0,8%) mehr als im Jahr (2021) davor. Wie viele davon Frauen sind, dazu konnte keine Statistik für Niederösterreich eruiert werden und das spiegelt wieder, was Frauen die von Armut betroffen sind viel zu oft erleben: dass sie „übersehen“ werden.

Ob und in welchem Ausmaß eine Tätigkeit sozial abgesichert ist, ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Das System der sozialen Sicherheit in Österreich ist ausgerichtet auf „ununterbrochene Vollzeit-Erwerbsbiografien“⁴ oder provokant formuliert, das System der sozialen Sicherheit in Österreich ist ausgerichtet auf das Modell des „männlichen Familienernähers“⁵.

Der Weg zur sozialen Sicherheit ist für Frauen mit spezifischen Hürden gepflastert. Diese Hürden erschweren Frauen den Weg zu einer eigenständigen Absicherung und erhöhen das Risiko der Altersarmut⁶. „Das böse Erwachen kam in der Pension“ – so beschreibt es Frau Müller⁷, ihr Beispiel steht stellvertretend für das was viele Frauen erleben und im Laufe der PK werden meine Kolleginnen noch mehr von ihr berichten. Frauen leisten ihren Beitrag und stemmen vielfach bezahlte und unbezahlte Arbeit,

¹ <https://noe.arbeiterkammer.at/statistikhandbuch> (Kapitel 3.1. Armutgefährdung in NÖ, Statistik basierend auf Daten Statistik Austria)

² In ganz Österreich sind es 14,8 % der Bevölkerung (im Jahr 2022). Quelle: NÖ Sozialbericht 2022 S. 14.

³ <https://www.waldviertel.info/> (Abfragedatum 25.2.2024)

⁴ Frauengesundheitsbericht 2022, S. 25.

⁵ Sozialstaat Österreich 1945- 2020. Emmerich Tálos, Obinger Herbert, S. 62.

⁶ 26% Armutgefährdung alleinlebende Pensionistinnen versus 17% Armutgefährdung alleinlebende Pensionisten: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/364/Infotext_GenderStatistik_Armuts_und_Ausgrenzungsgefaehrung.pdf (Abfragedatum 29.1.2024)

⁷ Name geändert

dennoch sind sie häufig nicht sozial abgesichert, weil der Beitrag den sie leisten sich nicht auf ihrem Pensionskonto widerspiegelt.

Wiedereinstieg: Zurück in den Beruf – was Frauen dafür brauchen

„Care-Arbeit wird meist von Frauen getragen. Vielfach ist sie unbezahlt oder unterbezahlt. Das hat weitreichende Folgen: geringes Einkommen und geringe Pension, wenig Zeit für Aus- und Weiterbildung sowie für private Aktivitäten.“ Mag.^a Martina Eigelsreiter, Leiterin des Büros für Diversität der Stadt St. Pölten.

Frau Müller⁸ ist gelernte Friseurin und war vor der Geburt ihrer Kinder engagiert und Vollzeit in dem Beruf tätig. Doch spätestens nach der Geburt ihres zweiten Kindes erzählt sie dass es „Herausfordernd genug war Haushalt, die Betreuung der Kinder und einen Teilzeitjob unter einen Hut zu bekommen, wieder Vollzeit in den Beruf einzusteigen wäre unmöglich gewesen!“ so Frau Müller, und damit ist sie nicht alleine: Die aktuelle Zeitverwendungsstudie 2021/2022 der Statistik Austria zeigt, dass Frauen mit 64 Prozent immer noch den Großteil der unbezahlten Familienarbeit – für die Aufgaben rund um Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege hat sich inzwischen der Begriff Fürsorgearbeit oder Care-Arbeit etabliert – tragen. In den letzten vier Jahrzehnten ist kaum eine Veränderung hin zur fairen Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern bemerkbar.

Die ungleiche Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern ist ein zentraler Grund für den starken Teilzeittrend bei Frauen – vor allem, wenn Kinder im Haushalt sind⁹. Mit Teilzeitarbeit bricht nicht nur automatisch ein erheblicher Patzen Einkommen im Vergleich zur Vollzeit-Entlohnungsweg. Teilzeitarbeit erschwert beruflichen Aufstieg außerdem stark. Die Tragik eines Frauenerwerbslebens zeigt sich in ihrer ganzen Bandbreite bei der Pension, die um (gerundet) 41¹⁰ Prozent geringer ist als jene von Männern. Prozent geringer ist als jene von Männern. Je länger Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitphasen ausfallen, desto niedriger wird die Pension und damit das Lebenseinkommen.

Väter, die sich spürbar an Kinderbetreuung und Hausarbeit beteiligen, sind nach wie vor rar. Es gibt die rechtlichen Voraussetzungen für eine gute Aufteilung von Karenzzeiten oder Pflegefreistellungen. Sie müssten aber eben auch genutzt werden. Zu viele Männer sagen noch immer, bei ihnen im Unternehmen gehe es nicht, dass sie in Karenz gehen oder beim kranken Kind daheim bleiben. Das ist nicht akzeptabel.

Zudem hinkt Österreich beim Ausbau der Kinderbetreuung den EU-Zielen deutlich hinterher. Die langjährige Erfahrung von frauenspezifischen (Beratungs-)Einrichtungen zeigt, dass eines der Haupthindernisse bei der Arbeitsplatzsuche die fehlende Kinderbetreuung in Niederösterreich darstellt – einerseits sind es die fehlenden Plätze, andererseits die unzureichenden Öffnungszeiten. Zwischen 7:30 Uhr und 16:00 Uhr ist das Kind bestenfalls in der Landeshauptstadt in St. Pölten betreut, in ländlichen Gebieten teilweise bis 14:00 Uhr und dies nur an manchen Tagen. Das bedeutet, die Mutter kann erst ab 8:00 Uhr und bis ca. 15:30 Uhr arbeiten, wenn sich der Arbeitsplatz in der Nähe der Betreuungsstätte befindet! Wie viele Arbeitsstellen bieten sich da an? Mit diesen Arbeitszeiten sind ganze Berufssparten für viele Frauen mit Betreuungspflichten nicht zugänglich. Nur 17% der Kindergärten in NÖ haben bis 17 Uhr oder länger geöffnet. Niederösterreich hat weiters großen Aufholbedarf (2021/2022: 25,9%), wenn das EU-Ziel für 2030 mit 45% an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige erreicht werden soll.

Was es braucht:

- Ausbau der Kinderbetreuung mit flexiblen Betreuungszeiten sowie eine Ausbildungs- und Personaloffensive

⁸ Name geändert

⁹ Als Grund für Teilzeitarbeit geben 38,4 % der Frauen die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen an (Männer 6,8%). Frauengesundheitsbericht 2022 S. 17.

¹⁰ <https://www.staedtebund.gv.at/themen/frauen/equal-pension-day/> Berechnung: MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien auf Basis von Daten: Pensionsversicherungs-Jahresstatistik Dez. 2022,

- Sichtbarkeit, Wertschätzung und die gerechte Aufteilung der unbezahlten Care-Arbeit (Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen) zwischen den Geschlechtern
- Das Schließen der Einkommensschere

Rückfragen an

Mag.^a Martina Eigelsreiter
Büro für Diversität der Stadt St. Pölten
Telefon: +43 2742 333 2035
E-Mail: martina.eigelsreiter@st-poelten.gv.at



Sind Sie sich bewusst, wie viel Care-Arbeit Sie leisten? Ein Selbsttest lädt ein, sich damit auseinanderzusetzen: <https://equalcareday.de/wer-kuemmert-sich-der-equal-care-selbsttest/>.

Quellen:

Zeitverwendungsstudie 2021/2022:

https://www.statistik.at/071797b5c4450c1338cf7d84dc1e6d7fd5dc1e8e/4076bca3-e1cf-8cca-4e08-2e55e10ca7f5/tap2_dkbl4_dec/ZVE_2021-22_barrierefrei.pdf, S.96

Equal Pension Day 2023:

<https://www.staedtebund.gv.at/themen/frauen/equal-pay-day/#:~:text=Equal%20Pay%20Day%20heuer%20am,nur%20303%20Tage%20davon%20bezahlt>

AK NÖ Studie zur Kinderbetreuung:

https://noe.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/Analyse_kinderbetreuung_2021-22_V2.pdf, S.5 und S.9

Frauengesundheitsbericht 2022:

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Frauen--und-Gendergesundheit.html>

Warum es weiterhin frauenspezifische arbeitsmarktpolitische Angebote braucht

Frauen sind am Erwerbsarbeitsmarkt nach wie vor strukturell benachteiligt. Ein wesentlicher Faktor ist hierbei die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Meine Kollegin hat vorhin schon von Frau Müller erzählt „zuerst habe ich Teilzeit gearbeitet wegen der Kinder, dann ist die Schwiegermutter krank und pflegebedürftig geworden. Kinder, Arbeit und Pflege: das war ganz schön viel“ erzählt Frau Müller und auch damit steht sie exemplarisch für Viele: Frauen leisten einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, zu Lasten ihrer Beteiligung an bezahlter Erwerbsarbeit. Stereotype Rollenbilder führen nicht nur zu einer ungleichen Verteilung von Sorgearbeit, sondern auch dazu, dass Frauen überdurchschnittlich oft in schlecht bezahlten Berufen und unterdurchschnittlich häufig in Führungspositionen zu finden sind. Die Konsequenzen dieser Benachteiligung sind weitreichend: Weniger Einkommen, geringere sozial-staatliche Absicherung und ein höheres Risiko von (Alters-)armut. Um dem entgegenzuwirken, braucht es ein grundlegendes Umdenken. Arbeit muss neu definiert, bewertet und verteilt werden.

Soziale Unternehmen im Netzwerk von arbeit plus Niederösterreich unterstützen Frauen dabei, ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Sie begleiten Frauen mit psychosozialer Beratung, eröffnen neue Perspektiven durch Berufsorientierungsangebote, ermöglichen es Frauen, sich in neue Berufsfelder zu wagen und ihre Kompetenzen in Form von befristeter geförderter Beschäftigung zu erproben und auszuweiten. Und sie bieten Qualifizierung an, die die Karrierechancen der Frauen entsprechend den aktuellen Bedarfen am Arbeitsmarkt und in den Regionen hebt.

„Frauen, die zu fairwurzelt kommen, können hier mithilfe psychosozialer, prozessorientierter Beratung dabei unterstützt werden das Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Hier lernen sie u.a. die Arbeit im Kräuteraanbau und in der -verarbeitung kennen, sind wieder in einen Arbeitsprozess integriert, spüren Anerkennung und Wertschätzung. Dadurch werden ihre Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt erhöht und Selbstermächtigung – etwa in Form von Pensionsvorsorge – ermöglicht, um ein Leben ohne Armut führen zu können.“ – Barbara Seyrl, Projektleiterin fairwurzelt

Denn eine gute, gerecht entlohnte Arbeit zu haben, bedeutet auch mehr Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Zahlreiche der Frauen, die bei den Mitgliedseinrichtungen von arbeit plus – Soziale Unternehmen Niederösterreich Unterstützung dabei suchen, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, sehen sich mit Mehrfachbelastungen konfrontiert: strukturelle Benachteiligung etwa durch mangelnde Kinderbetreuungsangebote, traditionelle Rollenbilder aber auch individuelle Herausforderungen, wie etwa Alleinbelastung durch die Pflege von Angehörigen, Gewalterfahrungen oder Flucht-induzierte Traumata bedingen, dass es nach wie vor frauenspezifische Angebote braucht. Ein sicheres Umfeld ermöglicht es Frauen, Hemmnisse beim Einstieg in den Arbeitsmarkt abzubauen.

arbeit plus – Soziale Unternehmen Niederösterreich appelliert daher an die Entscheidungsträger*innen, frauenspezifische Angebote im arbeitsmarktpolitischen Kontext weiterhin zu unterstützen, zumal ihre [Gleichstellungswirkung wissenschaftlich erwiesen](#) und ihr Beitrag zum „Menschenrecht auf Arbeit“ insbesondere für Frauen vielfach bestätigt ist. Das Menschenrecht auf Arbeit umfasst auch das Recht, für gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu bekommen. Auch an den in einer [WIFO Studie](#) identifizierten Interventionsfeldern zur Beschäftigungsintegration von Frauen in den NÖ Arbeitsmarkt, gilt es weiterhin zu arbeiten: ein Ausbau der Kinderbetreuung und eine Verbesserung der Mobilität, die Unterstützung von Migrantinnen, um ihren Integrationspfad in den Arbeitsmarkt zu ebnet (etwa durch die Verbesserung von Bildungschancen), die Ausgestaltung von lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodellen, u.v.m.

Was es braucht:

- Angebote im arbeitsmarktpolitischen Kontext, die sich gezielt an Frauen richten
- Lebensphasenorientierte Arbeitsmodelle
- Gleichstellung
- Schaffung adäquater Rahmenbedingungen, u.a. in Bezug auf Kinderbetreuung und Mobilität

Dafür setzt sich **arbeit plus – Soziale Unternehmen Niederösterreich** auch weiterhin – gemeinsam mit unseren Partner*innen im Armutsnetzwerk Niederösterreich und allen relevanten Stakeholdern – ein!

Rückfragen an

Dr.ⁱⁿ Martina Könighofer

Projektmanagement & Öffentlichkeitsarbeit

martina.koenighofer@arbeitplus.at

+43 676 880 44 88

martina.koenighofer@arbeitplus.at

<https://niederoesterreich.arbeitplus.at/>



Quellen:

Bergmann, Nadja u.a., 2018: Gleichstellungswirkung von AMS-Angeboten (AMS und L&R Forschung)

<https://www.irsocialresearch.at/sozialforschung/archiv-de/720-Gleichstellungswirkung+von+AMS-Angeboten>

Bock-Schappelwein, Julia u.a., 2022: Integration von Frauen auf dem niederösterreichischen Arbeitsmarkt (WIFO und abif Studie)

https://noe.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/arbeitundwirtschaft/IntegrationvonFrauen_NOeArbeitsmarkt2022.pdf

Amnesty International: Menschenrechtswidrige Hürden im Zugang zur Sozialhilfe treffen Frauen besonders hart

Heute geht es um Armut – auch und besonders von Frauen, denn Armut, das bestätigen weltweit die Zahlen, ist sehr oft weiblich. Und es geht um Menschenrechte – denn Armut ist insbesondere eine Folge von strukturellen Versäumnissen des Staates. Last but not least geht es um die Verpflichtung Österreichs – denn Österreich hat sich verpflichtet, das Recht auf soziale Sicherheit umzusetzen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dazu gehört unter anderem das so genannte „letzte soziale Auffangnetz“, die Sozialhilfe, die dann greifen soll, wenn Menschen es aus eigenen Mitteln nicht schaffen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Doch diese Sozialhilfe ist löchrig, und das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz nicht menschenrechtskonform – wie Amnesty International bereits in einer ersten Analyse festgehalten hat. Denn durch das Gesetz aus dem Jahr 2019 wurden die davor geltenden Mindestsätze abgeschafft und neue Höchstsätze für die Sozialhilfe eingeführt – was eine Verschlechterung für die Menschen und damit einen menschenrechtlich problematischen Rückschritt bedeutet.

Nun hat Amnesty International in einem [zweiten Bericht die Zugänglichkeit zur Sozialhilfe](#)¹¹ analysiert. Das Ergebnis: „Menschen, insbesondere Frauen, die von Armut betroffen sind und Sozialhilfe beantragen, sind oft mit oft immensen Hürden konfrontiert und können ihre Ansprüche zum Teil nicht oder nur mit großem Aufwand wahrnehmen“, erklärt Ronya Alev, Researcherin bei Amnesty International und Expertin für soziale Rechte.

Für den aktuellen Bericht hat sie dutzende Interviews mit Betroffenen und Expert*innen geführt und festgestellt, dass diese Hürden zum Teil dazu führen, dass Menschen keine oder weniger Sozialhilfe erhalten oder überhaupt darauf verzichten, sie zu beantragen, obwohl sie einen Anspruch darauf hätten. „Eine Gruppe, die besondere Herausforderungen im Zugang zur Sozialhilfe erleben, sind Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben und auch Frauen mit Kinderbetreuungspflichten“, führt Alev aus.

Da die Sozialhilfe eine subsidiäre Leistung ist, müssen die Betroffenen vor dem Antrag sämtliche sonstigen Unterstützungsleistungen und auch Ansprüche gegenüber anderen ausschöpfen. Gerade für Frauen, die sich in Trennung befinden oder sich aus einer gewaltvollen Beziehung gelöst haben, kann dies faktisch und psychisch oft sehr schwierig sein. „Aus Gesprächen mit Sozialarbeiter*innen wissen wir, dass Frauen, die aus einer Gewaltsituation flüchten, oft schnell und ungeplant kommen und nur das Notwendigste mitnehmen. Es ist teils schwer, Dokumente, die vielleicht sogar auch noch von Tätern zurückgehalten werden, wieder zu beschaffen.“ Für viele ist auch die Tatsache, dass sie Unterhaltsansprüche gegenüber ihren unter Umständen gewaltvollen Ex-Partnern verfolgen, diese im extremsten Fall sogar klagen müssen, eine immense Hürde.

Kinderbetreuungspflichten können zu Kürzungen bei Sozialhilfe führen

Auch die so genannten Mitwirkungspflichten, die insbesondere auf die Arbeitswilligkeit der betroffenen Person ausgelegt sind, stellen eine große Herausforderung für viele Frauen dar. Frauen mit

¹¹ <https://www.amnesty.at/news-events/als-wuerdest-du-zum-feind-gehen-huerden-beim-zugang-zur-sozialhilfe-in-oesterreich/>

Kinderbetreuungspflichten etwa sind oft rein zeitlich bzw. logistisch nicht in der Lage, in vollem Umfang Arbeitspflichten nachzugehen oder diese auch nur anzubieten. Dies kann aber zu Kürzungen der Sozialhilfe führen. Auch wenn das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz Ausnahmen für Personen mit Betreuungspflichten für Kinder bis drei Jahren vorsieht, kann es zu später zu Herausforderungen kommen, insbesondere dann, wenn am Amt nicht genügend auf die jeweilige Situation der Betroffenen eingegangen wird. „Anders gesagt: Es kann passieren, dass Frauen sich um ihre Kinder kümmern und dafür bestraft werden“, beschreibt Alev die Realität in drastischen Worten.

Beschämung und Stigmatisierung als gesellschaftliche Hürde

Eine weitere Hürde, die Armutsbetroffene – und damit auch hier wieder vor allem Frauen – erleben, ist die Stigmatisierung und Beschämung durch Politik und Gesellschaft. Hier nimmt Ronya Alev insbesondere die Politik in die Verantwortung: „Das Narrativ rund um Armut und Sozialhilfe ist stark von Aussagen mancher Entscheidungsträger*innen geprägt.“ Menschen, die von Armut betroffen sind und Sozialhilfe in Anspruch nehmen, werden oft als Bittsteller*innen behandelt und Sozialhilfe als Almosen gesehen, anstatt als ein Recht auf Unterstützung. „Statt dieses Bild zu befeuern sollten Politiker*innen die Rechte von Armutsbetroffenen anerkennen und die Hürden, mit denen sie konfrontiert sind, aus dem Weg räumen“, appelliert Expertin Alev an alle Parteien – auch mit Blick auf die Wahlprogramme, die offensichtlich gerade geschnürt werden. Dabei fordert sie von den Verantwortlichen auch die Neugestaltung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes und damit die Schaffung einer Sozialhilfe, die auf Menschenrechten basiert und ein Leben in Würde für ALLE ermöglicht.

Rückfragen an

Eleonore Rudnay

Presse Amnesty International Österreich



+43664 400 10 56

eleonore.rudnay@amnesty.at

<https://www.amnesty.at/>

Was es braucht – Hebel für soziale Sicherheit

Ob und in welchem Ausmaß Menschen sozial abgesichert sind, ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Die Lebenssituationen der Frauen sind verschieden. Was sie verbindet ist, dass sich ihnen auf dem Weg zur sozialen Absicherung vielfältige Hürden in den Weg stellen, die das Ergebnisse gesellschaftlicher und letztlich politischer Entscheidungen sind. Frauen wird dadurch soziale Sicherheit vielfach massiv erschwert bzw. verwehrt, in dem ihr Beitrag im besten Fall moralisch gewürdigt wird, aber sie nicht sozial absichert. Doch was gesellschaftlich gemacht ist, kann auch geändert werden! Wo sehen wir diesbezügliche „Hebel“:

Prävention, Information, Diskussion

- Frühzeitige Aufklärung zum Thema weibliche Finanzführung & Pension (Kinderbetreuungszeiten, Teilzeitbeschäftigung und die Wirkungen im Pensionsalter).
- Sichtbarkeit, Wertschätzung, ökonomische Aufwertung und gerechte Aufteilung der unbezahlten Care-Arbeit
- Daten und Statistiken zum Thema Armut und Verteilung nach geschlechtsspezifischen Merkmalen, auch auf der Ebene von Personen (nicht nur Haushalte).

Soziale Infrastruktur (Wohnen, Beratung, Mobilität, Arbeit...), die Teilhabe ermöglicht

- Bedarf an leistbarem Wohnraum: Sozialer Wohnbau (auch in ländlichen Regionen) und
- eine Reform der Wohnbeihilfe
- Mobile niederschwellige Beratung – wichtig vor allem im ländlichen Raum
- Initiativen in den Gemeinden & Ortsverbänden zum Thema Mobilität & Einsamkeit im Alter (Fahrtendienste oder organisierte Fahrgemeinschaften, Schaffung von Begegnungsräumen)
- Schaffung bzw. Weiterführung frauenspezifischer Angebote im arbeitsmarktpolitischen Kontext
- Lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle bei entsprechender sozialer Absicherung

Qualitativ hochwertige und flexible Betreuungs- und Bildungsangebote

- Ausbau der Kinderbetreuung mit flexiblen Betreuungszeiten
- Qualitativ hochwertige, wohnortnahe und flexible Angebote der Pflege- und Betreuung für Erwachsene, pflegebedürftige Personen

Gesetze, die soziale Sicherheit geben:

- Schließen der Einkommensschere zwischen Männer und Frauen
- Neugestaltung des Sozialhilfe Grundsatzgesetz: auf den Menschenrechten basierend und ein Leben in Würde ermöglichend
- Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme so, dass diese unabhängig vom Geschlecht soziale Sicherheit geben

Rückfragen an

Mag.^a (FH), Bakk.^a phil. Barbara Bühler
Koordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk

0650/ 37 577 81

armut_in_noe@gmx.at

www.noe-armutsnetzwerk.at

Das NÖ Armutnetzwerk ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von 31 Organisationen und 41 Personen und als regionales Netzwerk Teil der österreichischen Armutskonferenz.

Ziel des NÖ Armutnetzwerks ist es, Probleme von Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

Die Mitgliedsorganisationen des NÖ Armutnetzwerks (Stand Jänner 2024):

AK Niederösterreich, arbeit plus – Soziale Unternehmen Niederösterreich, Arge SÖB Niederösterreich, Auge Arbeitsgemeinschaft unabhängige und grüne Gewerkschaften, Beratungsstelle FAIR Volkshilfe Wien, bewok-Beratung gegen Wohnungsverlust, Büro für Diversität der Stadt St. Pölten, Caritas Erzdiözese Wien, Caritas Diözese St. Pölten, Diakonie Flüchtlingsdienst, Emmausgemeinschaft St. Pölten, Frauenzentrum St. Pölten, Frauenplattform Krems, Frauen für Frauen Weinviertel, HSSG- Hilfe zur Selbsthilfe seelische Gesundheit, Jugend und Lebenswelt, Katholische Aktion der Diözese St. Pölten, katholisches Bildungswerk kbw, NÖ Landesverein für Erwachsenenschutz – Erwachsenenvertretung, Bewohnervertretung, Tender Verein für Jugendarbeit, Psychosoziales Zentrum Schiltern GesmbH, PSZ gGmbH, Rotes Kreuz NÖ, Schuldnerberatung NÖ gGmbH, Verein Haus des Lernens, Verein Frauenzentrum St. Pölten, Verein Soziale Initiative Gmünd, Verein Wohnen Verein, Wohnen und Arbeit, Vertretungsnetz, Volkshilfe NÖ, zb - zentrum für beratung, training & entwicklung

Das NÖ Armutnetzwerk ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von 31 Organisationen und 41 Personen und als regionales Netzwerk Teil der österreichischen Armutskonferenz. Ziel des NÖ Armutnetzwerks ist es, Probleme von Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

Die Mitgliedsorganisationen des NÖ Armutnetzwerks (Stand Jänner 2024) Das NÖ Armutnetzwerk ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von 31 Organisationen und 41 Personen und als regionales Netzwerk Teil der österreichischen Armutskonferenz. Ziel des NÖ Armutnetzwerks ist es, Probleme von Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

Die Mitgliedsorganisationen des NÖ Armutnetzwerks (Stand Jänner 2024)